

Kurzbericht

Anlage - Nr.: J/069/2026

Abteilung: Jugendamt	Datum: 26.05.2026 AZ: R 3 / J
----------------------	----------------------------------

Beratungsgremium	Termin	Vertraulichkeit
Jugendhilfeausschuss	08.06.2026	öffentlich

Prüfung des Bedarfs einer Aufstockung der JaS-Stelle an der Alexander-von-Humboldt-Realschule (R 1)

Mit Schreiben vom 13.01.2026 an die Stadt Bayreuth beantragte der Schulleiter der Realschule I (Alexander-von-Humboldt-Realschule) die Aufstockung der vorhandenen 50%- Stelle der Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) „auf mindestens 75% zu erhöhen oder sie als Vollzeit einzustufen“.

Bei der JaS handelt es sich um eine Leistung der Jugendhilfe nach § 13 SGB VIII. Die JaS-Stellen werden in der Regel nach entsprechendem Antrag an die Regierung von Oberfranken vom Freistaat Bayern mit 16.360,-€ pro Vollzeitstelle jährlich gefördert. Der Bedarf einer solchen Stelle ist vom zuständigen Jugendhilfeausschuss zu bestätigen.

Bedarfsprüfung:

Laut Schreiben der Schulleitung ist der bisherige Stellenumfang von 50% der JaS-Fachkraft nicht mehr ausreichend. Begründet wird dies mit einem Migrationsanteil der Schülerinnen und Schüler (SuS) von 28,6% und damit einhergehend mit besonderen Herausforderungen in den Bereichen sprachliche Integration, kulturelle Orientierung sowie psychosoziale Stabilisierung. Weiterhin ist geplant, ab dem Schuljahr 2026/2027 eine Deutschklasse einzurichten. Die Schulleitung geht davon aus, dass damit ein erhöhter Bedarf an sozialpädagogischer Begleitung einhergehen wird.

Weiterhin wird von der Schulleitung eine Zunahme von SuS mit umfassendem Hilfebedarf aufgrund familiärer, sozialer und individueller Problemlagen (häusliche Gewalt, Kindeswohlgefährdungen) beschrieben. Zunehmend würden auch SuS mit massivem sozial-emotionalen Förderbedarf sowie mit Schulverweigerungstendenzen in Erscheinung treten, sowie Fälle von selbstverletzendem Verhalten, suizidalen Ankündigungen sowie von Gewalt- und Delinquenzfällen. Aufgrund dieser Problematik sei die Zahl der Beratungs- und Unterstützungsleistungen im schulischen Kontext deutlich angestiegen. Eine detaillierte Schilderung der Probleme geht aus dem Schreiben der Schulleitung hervor.

Die Schulleitung der R1 hat eindrücklich die besonderen Problemlagen der SuS beschrieben. Auch der durch die Einführung der Deutschklasse zunehmende Bedarf ist plausibel.

Als weitere Bezugsgröße zur Ermittlung des notwendigen Stundenkontingents kann die Realschule 2 in Bayreuth (Johannes-Kepler-Realschule) betrachtet werden. Hier besteht - eingerichtet durch den Landkreis Bayreuth - eine Vollzeitstelle der Jugendsozialarbeit an Schulen (Träger: Geschwister-Gummi-Stiftung). Die Schülerzahl ist mit 658 etwas höher als bei der R1 (501). Die sozialen Probleme der SuS beider Realschulen sind sicherlich vergleichbar. Bezogen auf die Stundenzahl pro Schüler käme man somit rechnerisch bei der R1 ungefähr auf den Bedarf einer 30-Stunden-Stelle.

Derzeitige Fördersituation:

Ein weiterer Ausbau der JaS-Stellen ist seitens des Freistaates Bayern für den Doppelhaushalt 2026/2027 nicht vorgesehen. Nach Auskunft der Regierung von Oberfranken stehen für neue JaS-Stellen keine Mittel mehr zur Verfügung.

Sollte die Stadt Bayreuth die Aufstockung ohne staatliche Mittel vornehmen, so wäre eine zukünftige Förderung (der aufgestockten Stunden) auch bei einem weiteren Ausbau seitens des Freistaates Bayern nicht mehr möglich, da bereits vorhandene, selbst finanzierte Stellenanteile nicht gefördert werden würden.

Vorschlag der Verwaltung:

Nach eingehender Prüfung stellt die Verwaltung fest, dass der Bedarf an JaS an der RS I mit der bestehenden 50%-Stelle nicht mehr zu decken ist.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, die Stelle der Jugendsozialarbeit an Schulen an der Realschule I von 19,5 Stunden auf 30 Stunden pro Woche aufzustocken. Die bisherige Stelleninhaberin würde diese Stundenanteile mit übernehmen. Die Arbeitszeit während der Schulzeit könnte faktisch über die 30 Stunden hinausgehen und die entstehenden Überstunden in den Ferien wieder abgebaut werden. Damit sollte der Bedarf gedeckt werden können.

Die Mehrkosten (Personalkosten für 10,5 Stunden) schätzt die Verwaltung auf ca. 21.000,- € pro Jahr (ohne staatliche Förderung).

Finanzielle Auswirkungen (auch mittelbar)

nein ja

falls ja:

einmalig: €

davon im Haushaltsjahr: 2026:

2027:

Auswirkungen auf Klimaschutz oder Anpassung an den Klimawandel

I. Das Vorhaben hat eine Auswirkung auf den Klimaschutz oder auf die Anpassung an den Klimawandel:

II. Wenn, ja negativ: Bestehen klimafreundlichere Handlungsoptionen?

Ja, positiv

Ja

Ja, negativ

Nein

Nein, keine Auswirkung

III. Begründung (obligat) und ggf. klimafreundlichere Handlungsoptionen:
Dieser Antrag bedarf keiner Klimawirkungsprüfung weil er unter folgende Ausnahme(n) fällt:
Sämtliche Personalentscheidung, gleich welcher Art

Vorschlag der Verwaltung für Gutachten:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat, die vorhandene Stelle der Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) an der Alexander-von-Humboldt-Realschule - auch ohne staatliche Förderung - zum nächstmöglichen Zeitpunkt von bisher 19,5 auf 30 Stunden/Woche aufzustocken.